

## Dr. Ernst Dieter Rossmann (SPD)

### Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Pinneberg

Liebe Uetersenerinnen und Uetersener,

vielleicht ist Ihnen in den vergangenen Wochen auch schon einmal der **SPD**-Wahlslogan „Das Wir entscheidet!“ aufgefallen. Möglicherweise haben Sie geschmunzelt oder sich gefragt, was damit eigentlich gemeint ist. Ich möchte Ihnen an ein paar Beispielen aus unserem Kreis deutlich machen, warum ich diesen „Wahlanspruch“ wirklich treffend finde, und zeigen, warum es lohnend ist, sich darüber Gedanken zu machen.

Vor wenigen Wochen habe ich einen Schlachtbetrieb in Seestermühe besucht. Der Geschäftsführer hatte mich eingeladen, weil er sich über zunehmende Dumping-Konkurrenz ärgert: Über unseriöse Werkverträge zahlen diese Unternehmen ihren Mitarbeitern Niedriglöhne von fünf Euro pro Stunde und weniger und führen keine Sozialabgaben ab. Häufig werden die Arbeitnehmer sogar noch für Arbeitskleidung und Unterbringung auf unanständige Weise zur Kasse gebeten. Mit den so erwirtschafteten Extra-Profiten haben die Dumping-Firmen auch einen Vorsprung bei Investitionen und können ihren redlichen Mitbewerbern das Leben schwer machen. Die **SPD** hat zu diesem Problem erst vor wenigen Monaten einen Antrag im Bundestag vorgelegt, um den Missbrauch der Werkverträge einzudämmen - Schwarz-Gelb sah hier allerdings keinen Handlungsbedarf. Statt für faire Bezahlung für die hart arbeitenden Mitarbeiter der Schlachtbetriebe, für Beiträge für die Sozialkassen und für gleiche Marktchancen für seriöse Betriebe, kurz: statt für das gesamtgesellschaftliche Interesse macht die Merkel-Regierung Politik für Egoisten und Wettbewerbs-Rambos. Wie die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung plädiert auch der Schlachtunternehmer aus Seestermühe für einen echten Mindestlohn, den auch die **SPD** fordert.

Bei einer kommunalpolitischen Radtour mit dem **SPD**-Ortsverein durch Uetersen hatte ich kürzlich die Gelegenheit, mich über den Stand beim Ausbau der Kinderbetreuung zu informieren. Hier hat sich in der Rosenstadt in den letzten Jahren ja wirklich viel getan. Aber als Bildungspolitiker möchte ich natürlich noch mehr als die jetzt sichtbaren Fortschritte. Ich setze mich in Berlin für eine Aufwertung der frühkindlichen

Bildung und eine Qualifizierungsoffensive im Kita-Bereich ein. Und ich bin der festen Überzeugung, dass das Geld, das Schwarz-Gelb gegen den Willen der meisten Menschen in unserem Land für das Betreuungsgeld verplant hat, für Ausbau und Verbesserung der öffentlichen Betreuungsstrukturen bei Weitem besser eingesetzt wäre. Auch bei uns im Kreis Pinneberg ist da unbedingt noch Luft nach oben!

Anlässlich eines Besuches im Tävsmoor hatte ich mich jetzt auch noch einmal über die ehrenamtlichen Struk-



turen im Bereich des Umweltschutzes im Kreis Pinneberg informiert und dabei erfahren: Allein für die Betreuung der Moore gibt es den Landesjagdverband, der das Buttermoor und den Nabu, der über seine Ortsverbände Elmshorn und Barmstedt das Winselmoor und das Bokelsesser Moor betreut, mitgerechnet, nicht weniger als zehn Vereine und eine weitere Einzelperson, die in diesem Bereich aktiv sind. Ein solches bürgerschaftliches Engagement, wie wir es in ähnlicher Ausprägung auch im sozialen und kulturellen Bereich oder beim Sport kennen, setzt Sicherheit von Arbeit, freie Zeit und Einkommen

voraus. Die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn und einer Solidarrente gegen Altersarmut gewinnt damit eine ganz neue Qualität. Bürgersinn kann sich nicht entfalten, wenn Menschen mit dem Existenzminimum ringen müssen. Und es macht alle reicher, wenn es keine Armut gibt.

Peer Steinbrück hat schon im Frühjahr bei seiner Nominierung als **SPD**-Kanzlerkandidat deutlich gemacht, worum es bei der Bundestagswahl vor allem geht: „Wir-Werte statt Ego-Werte!“ Das ist auch die Quintessenz des Slogans „Das Wir entscheidet!“ Ich würde mich freuen, wenn Sie diese Ansicht mit uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten teilen.

Meine Bitte an Sie ist deshalb: Gehen Sie am 22. September wählen! Stimmen Sie mit Ihrer Zweitstimme für Peer Steinbrück und die **SPD**. Und geben Sie Ihre Erststimme mir als Ihrem Wahlkreiskandidaten.

Herzliche Grüße  
Ihr Ernst Dieter Rossmann



# Vom **RotFux** verführt . . .

. . . und von der Uetersener **SPD** sowie von meinem Wahlkreis einen großen Vertrauensvorschuss erhalten - vielen Dank dafür. Eine kommunalpolitische Erfolgsgeschichte:

Politisches Interesse war schon früh vorhanden, das habe ich von meinen Eltern vorgelebt bekommen - und den Affären der späten 80er an der Waterkant sowie der Wende konnte man sich auch als Kind schwer entziehen. Mit 12 Jahren musste ich erstmal aus dem schönen Uetersen weg - ausgerechnet nach Bayern, berufliche Gründe meiner Eltern. Da war politisches Engagement nicht gern gesehen, mochte man meinen; die Ära Streibl und - nach seinem Stolpern über die Amigos Stoiber ließen mich politisch in meiner Jugend eher kalt. Allerdings bekam ich zu spüren, dass es im CSU-Land noch Zensur gab - nämlich, wenn man mal wieder wegen irgendwelcher Artikel in der Schülerzeitung, die ich zeitweise zu verantworten hatte, zum Direktor gebeten wurde. Zumindest meine erste Kommunalwahl war "a Gaudi", in Bayern darf man nämlich kumulieren und panaschieren - das sind Dank offener Listen ein paar Kreuzchen mehr als bei uns, die man vergeben darf.

Mit dem Jahr 1998 endete die Ära Kohl. Ich lebte damals in Oldenburg und schleuderte dem damaligen Bildungsminister Rolf Wernstedt auf dem Schulhof beim Besuch den Unmut über die Oberstufenreform entgegen. Während des Studiums in NRW habe ich mich dann erstmal hochschulpolitisch und als Sprecher in der Essener Jugendorganisation einer anderen links orientierten Partei engagiert. Als die dann in der Koalition das Gesamthochschulsystem kippte, Studiengebühren einführte, und begann, mit der CDU auf kommunaler und später sogar auf Landesebene zu re-



gieren, obgleich es andere Optionen gab, kam mein Weltbild ins Wanken. Das Verhalten in der Bundesregierung in außenpolitischen Fragen ließen mich zudem an einstigen linken Werten dieser Partei deutlich zweifeln.

Dank eines Jobangebotes hier im Kreis war es mir nach über 20 Jahren endlich vergönnt, 2012 nach Uetersen zurückzukehren. Im November ging ich dann routiniert an meinen Briefkasten: "Hm, **RotFux**, was ist das denn?" Also blätterte ich neugierig und stimmte den abgedruckten Ansichten zu. Und: Ist die einstige Kluft zwischen mir und der **SPD** - Kohlesubventionen - nicht inzwischen überwunden? Der Aufruf: Kommunalpolitik - machen Sie mit!, gab mir einen Ruck: Warum immer nur meckern statt aktiv etwas zu gestalten ... ich griff zum Hörer und wählte die angegebene Nummer des Fraktionsvorsitzenden Ingo Struve (Tel. 1634). Der lud mich ein, doch mal auf der anstehenden Mitgliederversamm-

lung vorbeizuschauen. Das tat ich dann auch als Gast und traf auf sympathische Leute - genauso in den Fraktionsitzungen, die ich anschließend zu besuchen begann. Ich fühlte mich schnell gut aufgehoben in dieser Gruppe von Menschen, die ihr Herzblut für Uetersen und die Interessen seiner Bürger einsetzen - auch wenn es in deren Augen manchmal nicht so scheint, z.B. bei notwendigen Steuererhöhungen, jedoch denkt man hier nachhaltig. Ich habe auch Kontroversen und heftige Diskussionen erlebt, aber man hält letztendlich doch zusammen und verhält sich demokratisch. Was ich aus den anderen Fraktionen bei den besuchten Ausschüssen und Sitzungen mitbekam, ließ mich zu der Überzeugung gelangen, dass ich die richtige Wahl für mein Engagement getroffen hatte. Aber ich habe

## 1.580 Euro liegenlassen - Wo bleibt der Wille zur Konsolidierung?

Im März 2013 hat der Hauptausschuss einen einstimmigen Beschluss gefasst: vier ständige Ausschüsse arbeiten der Ratsversammlung zu. Laut Aufstellung der Verwaltung kostet jeder Ausschuss 1.580 Euro.

Im Juni tagt die Ratsversammlung. Auf Antrag der BfB wird mit den Stimmen der CDU der fünfte Ausschuss beschlossen. Es wird eine Überfrachtung eines Schul- und Sozialausschusses befürchtet.

Die Verhandlungen zur Erweiterung des Schulzweckverbandes mit Tornesch sind wieder aufgenommen. Der Einwand der **SPD**, dass alle Schulbelange mittelfristig in den Sitzungen des Schulzweckverbandes erfolgen, wird vom Tisch gefegt. „Demokratie kostet eben Geld“, so Sabine Lankau von der BfB.

Jeder Bürger der Stadt Uetersen muss seinen Beitrag zur Konsolidierung leisten, zum Teil mit erheblichen finanziellen Aufwendungen. Vier Ausschüsse sind sowohl kostenmäßig wie auch inhaltlich geboten. Die **SPD**-Fraktion wird dieses Thema weiter verfolgen. Wir können es uns nicht leisten, ein Einsparpotential von 1.580 Euro pro Jahr liegenzulassen.



noch viel zu lernen, was Kommunalpolitik angeht und die 20 Jahre Exil wollten auch aufgeholt werden - wieder auf dem Laufenden sein, was in Uetersen so abgeht. Also gehört ebenso viel Aktenstudium dazu.

Die Kommunalwahl stand bevor - mein Ziel: Ich wollte, dass die **SPD** auch weiterhin ihre Positionen mehrheitlich vertreten kann und die NPD in unserem schönen Uetersen keinen Fuß in die Tür bekommt. Also bot man mir an, bürgerliches Mitglied zu werden, auf der Liste und in einem Wahlkreis zu kandidieren. Ich war bereit, auch nach der Wahl weiterhin bürgerliches Mitglied in einem Ausschuss zu sein. Die Zeit des Wahlkampfes war anstrengend, aber auch reich an Eindrücken - das half über das Auf-/Abbauen von Ständen und teilweise miesem Wetter beim Verteilen des Wahlprogramms und des aktuellen **RotFux** hinweg.

Dann kam der Wahlabend des 26. Mai 2013 - ich kann nicht leugnen, dass ich ziemlich aufgeregt war. Zuerst aber war ich noch mit einer coolen Truppe unterwegs, um die Wahlplakate einzusammeln - über das Autoradio hielten wir uns auf dem Laufenden. Dann gegen 20 h kam ich ins Rathaus, da war mein Wahlkreis schon ausgezählt und meine Mitstreiterinnen kamen freudig auf mich zu, ich hätte ihn gewonnen - ich war über-

rascht, ihn tatsächlich der CDU abgeluchst zu haben. Die **SPD** wurde an dem Abend stärkste Kraft und die NPD verfehlte den Einzug - Ziel erreicht! Auch wenn die **SPD** nun aufgrund der Strategie der CDU/FDP nicht die Mehrheit der Sitze hat, versprechen die kommenden 5 Jahre spannend zu werden und ich will versuchen, gemeinsam mit meinen Genossen das Beste für unsere Wahlkreise und Uetersen herauszuholen. Dafür bin ich als Mitglied in den Bildungsausschuss gegangen und wirke als Ratsmitglied mit. Mein neues Ziel: Nach dem Vorschuss das Vertrauen meines Wahlkreises zu gewinnen; zudem bildungspolitisch im Rahmen kommunaler Möglichkeiten viel für unsere Bürger herauszuholen.

Dafür brauche ich Anregungen über die Wünsche und Bedürfnisse der Menschen und hoffe, Sie teilen sie mir mit: [benjamin-wirth@spd-uetersen.de](mailto:benjamin-wirth@spd-uetersen.de)

Nach der Wahl ist vor der Wahl - die Veranstaltungen zur Bundestagswahl zur Unterstützung unseres Kandidaten Dr. Ernst Dieter Rossmann MdB laufen bereits - das verspricht wieder eine anstrengende, aber spannende und lohnende Zeit zu werden - es ist ein gutes Gefühl sich zu engagieren und etwas zu erreichen - machen Sie doch auch mit, am besten bei der **SPD** Uetersen!

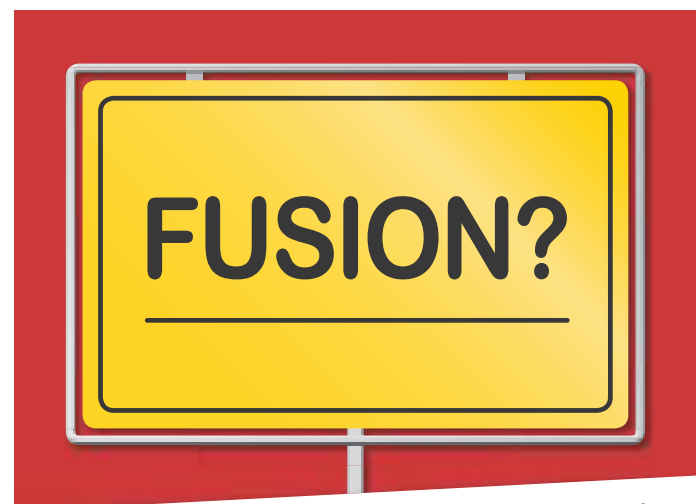
## Fusion ja oder nein: Ihre Entscheidung !

Am 22. September, dem Tag der Bundestagswahl, ist es so weit: Die Uetersener und die Tornescher Bürgerinnen und Bürger stimmen darüber ab, ob ihre Heimatstädte sich zu einer neuen Stadt zusammenschließen werden. Die Beratungsfirma Rambøll hat ein Gutachten erstellt, das die vorhandenen Strukturen aufzeigt und vergleicht. Die Chancen und Risiken einer Fusion werden gegeneinander abgewogen. Das Gutachten kann im Internet auf der Seite [www.uetersen.de](http://www.uetersen.de) unter „Informationen“ vom 11.04.2013 eingesehen werden. Die Firma Rambøll hat die Webseite [www.staedtefusion.de](http://www.staedtefusion.de) eingerichtet. Dort können Sie eingereichte Fragen nachlesen.

In Uetersen und Tornesch fanden Informationsveranstaltungen statt, die **SPD** Uetersen lud zu einem Informationsabend ein und diskutierte über Wochen mit Bürgern und Mitgliedern. Dabei stellte sich heraus, dass das Thema Fusion überaus kontrovers gesehen wird.

Es geht beim Volksentscheid um die reine Grundsatzentscheidung für oder gegen die Fusion beider Städte. Einzelheiten wie z.B. der Name der fusionierten Stadt, der Standort des Rathauses, die Aufstellung der Verwaltung und so weiter sind erst später von den Vertretern der Kommunalpolitik zu entscheiden.

Wissen Sie schon, wie Sie abstimmen werden? Fehlen Ihnen noch Informationen, die Ihnen bei einer Entscheidung helfen könnten? Bitte sprechen Sie uns an, zum Beispiel bei einem unserer Infostände.



### IHRE ENTSCHEIDUNG!

Das Gutachten befürwortet die Fusion beider Städte. Als Vorteile werden gesehen:

- Qualitätsverbesserung für die Bürger durch eine leistungsfähigere Verwaltung: durch einen größeren Personalkörper können Vorgänge flexibler bearbeitet, Personalausfälle und Arbeitsspitzen besser abgedeckt werden.
- Eine stärkere Spezialisierung innerhalb des Personalbestands durch eine Bündelung von Aufgaben wird möglich.
- Gemeinsame Planungs- und Steuerungsmöglichkeiten einer fusionierten Stadt ermöglichen eine bessere Anpassung an bereits bestehende räumliche und wirtschaftliche Verflechtung beider Städte.





Teile des Aufwands, der bislang für konkurrierende Angebote und Planungen oder Absprachen zwischen den beiden Städten angefallen ist, würde durch eine Fusion entfallen und könnte in eine verbesserte Gesamtplanung für das neue gemeinsame Stadtgebiet investiert werden. Diese Vorteile liegen insbesondere in einer koordinierten Stadtentwicklungsplanung auf der Hand, mit der z.B. der Einzelhandel, die Gewerbeflächensituation, die Ausweisung von Wohngebieten und die Verkehrsinfrastruktur besser koordiniert werden können.

Als Nachteile können folgende Punkte gesehen werden:

- Die Aufgabe der Selbständigkeit bzw. der Verlust von Identität wird befürchtet.
- Die Nähe zwischen Bürgern und Politikern könnte sich verringern.
- Größer muss nicht unbedingt besser sein, was Fusionen in der Wirtschaft durchaus gezeigt haben.

Der **SPD** Uetersen war es immer wichtig, dass nicht unsere Meinung die entscheidende ist, sondern Ihre Entscheidung als Wählerinnen und Wähler! Ihre Entscheidung werden wir respektieren! Wir sind uns darüber im Klaren, dass Ihre Entscheidung entweder eine Kopfentscheidung oder auch eine reine Bauchentscheidung sein kann. Falls Sie eine Kopfentscheidung treffen wollen, so stehen ausreichende Informationsquellen zur Verfügung. Wir wünschen Ihnen eine gute Entscheidung für unsere Stadt!

- Fr. 6.9., 13.9. und 20.9.2013, 9.30 Uhr: Infostände auf dem Marktplatz
  - Sa. 7.9., 14.9. und 21.9.2013, 10.00 Uhr: Infostände auf dem Gerberplatz
  - So. 22.9.2013, 8.00 bis 18.00 Uhr: Bundestagswahl und Bürgerentscheid
  - Di. 24.9.2013, 19.00 Uhr: Mitgliederversammlung im Uetersener Hof
  - Sa. 12.10.2013, 15.00 Uhr: Jubilarehrung im „Zur Wulfsmühle“ in Tangstedt
- Weitere Termine unter [spd-uetersen.de](http://spd-uetersen.de)

RotFux informiert:

### Ansprechpartner der **SPD**-Fraktion

- Hauptausschuss:  
Ingo Struve, Tel. 1634
  - Bildung:  
Franziska Hammer, Tel. 0178/4786140
  - Soziales:  
Anne-Christin Heinrich, Tel. 44061
  - Bau-, Umwelt- und Verkehrswesen:  
Erhard Vogt, 901521
  - Finanzwesen und Rechnungsprüfung:  
Jan Baumann, Tel. 55133
- Alle weiteren Fraktionsmitglieder finden Sie unter [spd-uetersen.de](http://spd-uetersen.de)

RotFux informiert:

## SPD fordert mehr Pflegepersonal

- 125.000 Stellen in der Altenpflege: Bessere Pflege geht nur mit mehr Personal – Personalnotstand verhindert gute Arbeit.
- Gesellschaftliche Wertschätzung, Attraktivität des Pflegeberufes: Voraussetzungen sind bessere Entlohnung und ordentliche Arbeitsbedingungen.
- Ausbildungsumlage und Schulgeldbefreiung: Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten für alle Beschäftigten in der Pflege - Berufliche Bildung gehört in staatliche Hände.
- Nein zur Pflegekammer: Die Beschäftigten brauchen keine Pflegekammer mit Zwangsmitgliedschaft.

## SPD fordert den gesetzlichen Mindestlohn

- Kanzlerkandidat Steinbrück: „Mindestlohn ist sozial gerecht und ökonomisch vernünftig“.
- Das Konzept steht: Konkreter Fahrplan zur Einführung eines Mindestlohnes von mind. 8,50 € liegt vor.
- Das vorbereitete Gesetz kann ab 01.02.2014 in Kraft treten: Es schafft zusätzliche Kaufkraft in Milliardenhöhe.
- Frauen werden besonders profitieren: Tarifliche Niedriglöhne verschwinden am Markt.
- Der Wettbewerb geht nicht mehr nur zu Lasten der Beschäftigten.

**Sie wissen nicht, wie Sie am 22.9.2013 in Ihr Wahllokal kommen?**

Wir helfen Ihnen und fahren Sie hin. Melden Sie sich bei **Ingo Struve, Tel. 16 34**



ROTUFUX Nr. 28 im 11. Jahrgang, Auflage: 8.000 Exemplare

**Herausgeber und ViSdP:** SPD-Ortsverein Uetersen  
Ingo Struve, Meisenweg 2, 25436 Uetersen,  
Tel. 04122 / 1634, [www.spd-uetersen.de](http://www.spd-uetersen.de)

**Redaktionsteam:** Heike Baumann, Jan Baumann, Kay-Uwe Dohrn, Gisela Struve, Ingo Struve und Erhard Vogt

**Druck:** Graphische Werkstatt Uetersen GmbH

I M P R E S S U M



## Wiederkehrender Beitrag für Verkehrsanlagen - eine zusätzliche Belastung für jeden Bürger Uetersens?

**Um was geht es?** Die Straßen Uetersens sind teilweise sehr sanierungsbedürftig, Maßnahmen lassen sich nicht mehr aufschieben und Flicker reicht oftmals nicht mehr aus - es entstehen Kosten. Aufgrund der schlechten Haushaltslage der Stadt befinden wir uns unter dem kommunalen Rettungsschirm. Damit die Stadt Gelder vom Land bekommt, müssen Auflagen umgesetzt werden. Das hat bei Ihnen durch Erhöhung kommunaler Steuern und Beiträge schon zu Ärger geführt.

So müssen derzeit den Anliegern einer zu sanierenden Straße 85 % der Kosten berechnet werden. Die Stadt trägt den Rest. Das betraf jüngst die Wassermühlensstraße und den Katzhagen sowie ganz aktuell die

Gerhart-Hauptmann-Straße. Nachdem die dortige Nachbarschaftsgemeinschaft Einfluss ausgeübt hat, haben CDU und BfB den Antrag gestellt, dass die Verwaltung sehr zügig überprüfen möge, wie die Einführung eines regelmäßig zu entrichtenden Beitrages zur Sanierung der Uetersener Straßen auf alle Bürgerinnen und Bürger als Grundstückseigentümer, umgelegt werden kann und die aktuell betroffenen Straßen bis zu einer Entscheidung über die Umstellung vorerst gar nichts zahlen.

**Das klingt doch gerecht, oder?** Auf den ersten Blick - aus unserer Sicht sind zu viele Aspekte ungeklärt vor einem Systemwechsel:

- Zum Thema wurden bereits Gerichtsverfahren angestrengt - das Bundesverfassungsgericht wird demnächst die grundsätzliche Verfassungsmäßigkeit „wiederkehrender Beiträge“ prüfen. Gemeindeprüfungsamt des Kreises und Innenministerium in Kiel raten dringend, abzuwarten bzw. raten sogar davon ab, diesen Weg wiederkehrender Beiträge zu beschreiten. Sollte die Politik vor Ort hier nicht verantwortungsvolles Handeln beweisen und eine solche Entscheidung abwarten, bevor man etwas eventuell verfassungswidriges einführt? Zu dem bisherigen System der „einmaligen Beiträge“ gibt es gesicherte Rechtsprechung.
- Nur eine Gemeinde in Schleswig-Holstein hat bisher wiederkehrende Beiträge eingeführt - eine Gemeinde mit 20 Straßen! Uetersen hat 150 Straßen. Selbst wenn man jährlich 2 Straßen ausbauen würde, kann es geschehen, dass Anwohner ihr Leben lang Beiträge zahlen, ohne dass ihre eigene Straße jemals ausgebaut wird - bereits jetzt berichten Anwohner von Unmut z.B. mit Nachbarn in Stichstraßen.
- Wie werden ortsansässige Unternehmen die Einführung von „wiederkehrenden Beiträgen“ aufnehmen? Werden sie eventuell in Städte abwandern, wo sie diese „wiederkehrenden Beiträge“ nicht bezahlen müssen?
- Wie sollen die Bürgerinnen und Bürger bei der Frage, wie ausgebaut werden soll, noch beteiligt werden, wenn alle betroffen sind? Haben direkte Anlieger andere Interessen als weiter entfernt Lebende? Wie wird festgelegt, wann welche Straße mit welchem Standard ausgebaut wird?
- Niemand weiß zur Zeit, wie hoch die Belastung für alle Bürgerinnen und Bürger sein würde. Sollten nicht erst Zahlen auf dem Tisch liegen, damit man einen Systemwechsel beurteilen kann? Wie hoch ist der zusätzliche Verwaltungsaufwand im Rathaus? Sollte man die Mitarbeiter nicht erst vernünftig fortbilden, bevor man ein ganz neues, unklares System einführt?
- Es besteht noch keine Einigkeit darüber, ob „wiederkehrende Beiträge“ als Betriebskosten auf die Mieter umgelegt werden können - einmalige Beiträge sind nicht umlagefähig! In Uetersen gibt es ohnehin zu wenig bezahlbaren Wohnraum.

Liebe Bürgerinnen und liebe Bürger, wie Sie soeben gelesen haben, gibt es zu dem Thema „wiederkehrende Beiträge“ noch genug offene Fragen, die unserer Meinung nach zunächst gesichert abgeklärt sein müssten, bevor man eine Entscheidung über das Thema überhaupt treffen kann. CDU und BfB haben es offensicht-

lich sehr eilig mit einer Entscheidung. Bringen Sie sich ein; stellen Sie diesen Parteien Fragen und tun Sie ihnen Ihre Meinung kund!

Wir, die **SPD** Uetersens, stehen Ihnen freitags auf dem Wochenmarkt und sonnabends auf dem Gerberplatz Rede und Antwort!